



Knapp 100 Menschen folgten der Einladung der Bürgerinitiative ins Gemeindezentrum am Regenkamp in Herne-Süd.

FOTOS: BASTIAN HAUMANN

„Unsere Stadt ist am Limit“

Bürgerinitiative Dicke Luft und BUND informierten über die Klage gegen Suez-Erweiterung und Gesundheitsgefahren. Empörung über Bezirksregierung

Von Lars-Oliver Christoph

Der Unmut über die Suez-Verbrennungsanlage an der Südstraße und das Vorgehen der Bezirksregierung wird größer. Das wurde am Mittwochabend bei der zweiten Bürgerversammlung der Bürgerinitiative Dicke Luft (BI) und des BUND im evangelischen Gemeindezentrum Regenkamp deutlich. In der von knapp 100 Bürgern besuchten Veranstaltung ging es aber auch um weitere Aspekte wie Gesundheitsgefahren.

Die Klage

„Wir sind gut im Rennen“, sagte BUND-Vorstandsmitglied Ingrid Reckmeier. Mindestens 15.000 Euro seien zur Finanzierung der vom BUND-Landesverband erhobenen Klage gegen die Genehmigung der Suez-Erweiterung durch

die Bezirksregierung nötig. 130 Herner hätten bisher gespendet - mit kleinen und großen Beträgen. Verhandelt werde die Klage vorm Obergericht Münster, das jüngst den Konzern RWE in Sachen Hambacher Wald ausgebremst habe. „Wir haben das Gefühl: Wir sind am richtigen Gericht“, sagte Reckmeier, warnte aber vor zu hohen Erwartungen. Der Frankfurter Anwalt des BUND habe deutlich gemacht: „Es wird uns nicht gelingen, Suez aus Herne zu vertreiben.“

Die Geruchsbelästigungen

Hohe Wellen schlug die jüngste Mitteilung der Bezirksregierung, dass vor einem Transport-Stopp bereits 50 Lkw aus Italien mit belastetem Material Suez angesteuert hätten. „Wir wollen endlich wissen, was die Lkw geladen hatten“, sagte

BI-Sprecher Gerd Kalus. Dass von den starken Geruchsbelästigungen im Sommer keine Gefahren für die Bevölkerung ausgegangen seien, sei ungläubig. Mitarbeiter von Firmen aus dem Suez-Umfeld hätten über Übelkeit, Kopfschmerzen und andere Beschwerden geklagt. Nach der Herner Beschäftigungsgesellschaft (GBH) hätten sich auch Jobcenter-Mitarbeiter entsprechend geäußert. Kalus kündigte an, dass die BI hier den Druck auf Arnsberg erhöhen wolle und dabei möglichst auch den Rat ins Boot holen wolle. Mehr Unterstützung aus der Politik sei nötig und möglich. Seine Forderung: „Wir brauchen hier endlich ein vernünftiges Geruchsgutachten.“

Die Bezirksregierung

Die für Suez zuständige Aufsichtsbehörde saß in Abwesenheit auf

der Anklagebank. „Unsere Stadt ist längst am Limit. Ich erwarte von einer Bezirksregierung, dass sie auf die Menschen achtet, für die sie verantwortlich ist“, sagte BUND- und BI-Mitglied Ingrid Reckmeier. Es gebe Bezirksregierungen, die mit Firmen niedrigere Grenzwerte vereinbarten. Arnsberg mache das Gegenteil und erlaube Firmen, Grenzwerte zu überschreiten, so Reckmeier auch unter Verweis auf die bisherigen 22 Erweiterungen der Suez-Anlage und Ausnahmegenehmigungen z.B. für Stickoxide.

Die Gesundheitsgefahren

Referent war der Duisburger Mediziner Dr. Günther Bittel, der in seinem Rundumschlag über „Umweltgifte und Gesundheit“ erschreckende Zahlen präsentierte. So sei die Krebsrate in Herne bei Männern deutlich höher als im Bundeschnitt, sagte der Leiter des Schmerzzentrums Duisburg. Die Zahl der Krebserkrankungen steige. „Das muss einen Grund haben“, so Bittel. Schließlich sei die Zahl der Raucher rückläufig. Die Umweltgifte spielten eine große Rolle. Es sei richtig, gegen Firmen wie Suez Widerstand zu leisten. Aus dem Schornstein kämen bei Suez nicht nur hochgiftige Stoffe wie zum Beispiel Dioxine, Quecksilber, Furane und Stickoxide. Von insgesamt 15.000 Stoffen würden aber nur 15 gemessen.

Empörung, Kritik, Unverständnis

■ **Zwischen Empörung** über Bezirksregierung und Suez und Sorge um die Gesundheit bewegten sich Bürger-Beiträge. Auch ein, zwei Verschwörungstheorien („da kann nur Bestechung im Spiel sein“) machten die Runde.

■ **Vorwürfe**, insbesondere gegen die SPD, wollte BI-Mitglied und

Grünen-Ratsherr Pascal Krüger nicht stehen lassen. Der Rat sei geschlossen in seiner Ablehnung von Suez, sagte er.

■ Eine Bürgerin vermisste **den Aufschrei** in Herne: „Ich verstehe nicht, dass die Bevölkerung nicht gegen Suez auf die Straße geht und protestiert“, sagte sie.



Ingrid Reckmeier (BUND) kritisierte die Bezirksregierung.